



SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT
 CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE
 CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss

Décision

Decisione

-9. Mai 1984

764

Bern, den 18. April 1984

Anpassungsmassnahmen im Zolltarif per 1.7.1984 im Rahmen
 der vertrauensbildenden Massnahmen der OECD-Länder im
 Handelsbereich

An den Bundesrat

Aufgrund des Antrags des EVD vom **18. April 1984**

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Die Verordnung über die Inkraftsetzung der im Rahmen des Genfer Protokolls (1979) zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen vereinbarten Senkungen von Zollansätzen (sechste Abbaustufe) wird gutgeheissen und auf den 1. Juli 1984 in Kraft gesetzt.
2. Die Aenderung der Verordnung vom 16. Juni 1980 über die Zollansätze für Waren aus Spanien wird gutgeheissen und auf den 1. Juli 1984 in Kraft gesetzt.
3. Die Aenderung der Verordnung vom 26. Mai 1982 über die Präferenz-Zollansätze zugunsten der Entwicklungsländer wird gutgeheissen und auf den 1. Juli 1984 in Kraft gesetzt.

Veröffentlichung:
 Amtliche Sammlung

für getreuen Protokollauszug:
 der Protokollführer:

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z. V.	z. K.	Dep.	Anz.	Akten
	X	EDA	6	-
		EDI		
	X	EJPD	3	-
		EMD		
X		EFD	12	-
X		EVD	13	-
		EVED		
X		BK	4	-
	X	EFK	2	-
	X	Fin. Del.	2	-



2520.1

EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

Bern, den 18. April 1984

An den Bundesrat

Ausgeteilt

Vertrauensbildende Massnahmen der OECD-Länder im Handelsbereich:
 Sechste Abbaustufe im Rahmen der im Genfer Protokoll (1979) zum
 GATT vereinbarten Senkungen von Zollansätzen; Anpassungsmass-
 nahmen im Rahmen des EFTA/Spanien-Abkommens und der Präferenz-
 Zollansätze zugunsten der Entwicklungsländer

1 Einleitung

Mit Bundesratsbeschluss vom 1. Februar 1984 haben Sie beschlos-
 sen, dass sich die Schweiz an den vertrauensbildenden Massnahmen
 der OECD-Länder im Handelsbereich beteiligt und dass in deren
 Rahmen und auf Antrag des EVD die am 1.1.1985 fällige Abbaustufe
 des in der Tokio-Runde des GATT vereinbarten Zollabbaus - Genfer
 Protokoll (1979) - vorzeitig in Kraft gesetzt wird sowie die
 beiden verbleibenden und am 1.1.1986 beziehungsweise 1.1.1987
 fälligen Abbaustufen vorgezogen werden können.

Der vorliegende Antrag enthält nun die Verordnungsentwürfe für
 folgende Massnahmen, die am 1.7.1984 in Kraft treten sollen :

- Zollsenkung im Rahmen der sechsten Abbaustufe der Tokio-Runde
 des GATT;
- Anpassung der Präferenz-Zollansätze für Waren aus Spanien an
 die neuen MFN-Zollansätze;
- Anpassung der Präferenz-Zollansätze zugunsten der Entwicklun-
 gsländer an die neuen MFN-Zollansätze.

2 Begründung für die Zollsenkungsmassnahmen

Die Teilnahme der Schweiz an vorzeitigen Zollsenkungen als konkreten Beitrag an die vertrauensbildenden Massnahmen der OECD-Länder im Handelsbereich haben wir in unserem Antrag vom 27. Januar 1984 ausführlich begründet. Die Schweiz hat ein vitales Interesse an der Aufrechterhaltung und Stärkung des offenen multilateralen Handelssystems; sie ist deshalb aus grundsätzlichen Ueberlegungen bereit, sich in den Stosstrupp derjenigen Länder einzureihen, die angesichts der in Gang gekommenen Wirtschaftserholung ein - wenn auch bescheidenes - Zeichen in Richtung auf eine erneute Liberalisierungsdynamik setzen wollen. Japan hat bereits am 1. April 1984 auf 1200 industriellen und mineralischen Positionen vorzeitige Zollsenkungen vorgenommen. Die Schweiz dürfte nun mit der beantragten Inkraftsetzung der Zollabbaustufe 1985 auf den 1. Juli 1984 als zweites Land folgen. Wir werden damit ein positives Signal für die andern OECD-Mitgliedstaaten setzen, sich baldmöglichst ebenfalls an den vertrauensbildenden Sofortmassnahmen zu beteiligen und die je nach Land andersartig gelagerten zolltechnischen und parlamentarisch-verfahrensmässigen Hürden zu überwinden. Ob im laufenden Jahr noch andere Länder vorzeitige Zollsenkungen vornehmen werden, ist derzeit offen. Immerhin scheint festzustehen, dass alle OECD-Mitgliedstaaten an der kommenden Ministertagung vom 17./19. Mai öffentlich ihre feste Absicht bekanntgeben werden, die Zollabbaustufe 1986 um ein Jahr vorzuziehen. In verschiedenen Ländern werden ferner die Möglichkeiten einer Verbesserung des Marktzugangs für Exporte aus den ärmsten Staaten geprüft. Angesichts unseres sehr liberalen Zollpräferenzsystems sehen wir uns allerdings im jetzigen Zeitpunkt nicht veranlasst, hier Abänderungen ins Auge zu fassen. Die Schweiz wird sich aber in der OECD - und auch in andern internationalen Gremien - weiterhin energisch dafür einsetzen, dass solche bescheidene Anzeichen einer handelspolitischen Tendenzwende schrittweise in einen echten Rollback protektionistischer Massnahmen ausmünden werden.

3 Die Zollsenkungsmassnahmen im einzelnen

31 Verordnung über die Inkraftsetzung der im Rahmen des Genfer Protokolls (1979) zum GATT vereinbarten Senkungen von Zollansätzen (sechste Abbaustufe)

Mit Bundesbeschluss vom 12.12.1979 (SR 632.23) haben die Eidgenössischen Räte u.a. die im Genfer Protokoll (1979) zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (AS 1979 2151) vereinbarte Senkung von Zollansätzen in grundsätzlich acht gleichjährigen Stufen genehmigt. Bisher sind fünf Abbaustufen in Kraft gesetzt worden, nämlich eine erste auf den 1.1.1980 (SR 632.230) bzw. 1.9.1980 (AS 1980 1033 und Präsidialverfügung vom 22.8.1980), eine zweite auf den 1.1.1981 (SR 632.230.1), eine dritte auf den 1.1.1982 (SR 632.230.2) bzw. 1.3.1982 (SR 632.230.3), eine vierte auf den 1.1.1983 (SR 632.230.4) sowie eine fünfte auf den 1.1.1984 (SR 632.230.5).

Mit der beiliegenden "Verordnung über die Inkraftsetzung der im Rahmen des Genfer Protokolls (1979) zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen vereinbarten Senkungen von Zollansätzen (sechste Abbaustufe)" (Beilage 1) soll nun, im Rahmen der vertrauensbildenden Massnahmen der OECD-Länder im Handelsbereich, auf den 1.7.1984, d.h. sechs Monate vor dem im Genfer Protokoll (1979) vereinbarten Zeitpunkt die sechste der erwähnten acht Abbaustufen in Kraft gesetzt werden. Damit werden für das Gros der Tarifnummern der Liste LIX-Schweiz (GATT-Liste der Schweiz), auf denen bereits fünf Abbaustufen in Kraft gesetzt worden sind, die Zollansätze um ein weiteres Achtel der vereinbarten Zollsenkung abgebaut. Auf den Positionen, namentlich im Bereich Textil, Stahl und Keramik, auf denen der Abbau vereinbarungsgemäss erst per 1.1.1982 begann, dafür in sechs Jahresstufen durchgeführt werden soll, werden die Zollansätze um einen weiteren Sechstel der vereinbarten Zollsenkung abgebaut.

32 Verordnung über die Zollansätze für Waren aus Spanien

Das Abkommen zwischen den EFTA-Ländern und Spanien vom 26.6.1979 (AS 1980 795) sieht vor, dass die EFTA-Länder ihre Zölle für industrielle Einfuhren aus Spanien um 60 % bzw. 40 % für bestimmte Textilpositionen senken, ausgehend von den am 1.1.1978 in Anwendung stehenden Zollansätzen (Artikel 3 Absatz 1, lit. a; Artikel 4; Anhang I). Diese Zollreduktionen sind am 1.7.1980 bzw. 1.1.1982 wirksam geworden. Gemäss Artikel 22 Absatz 3 des Abkommens kann der Gemischte Ausschuss die Anhänge und Listen abändern. Aufgrund der Beschlüsse Nrn. 1/1980 und 4/1980 vom 28.5. bzw. 3.7.1980 des Gemischten Ausschusses EFTA-Spanien sind die Präferenzansätze für Waren aus Spanien als Folge der GATT-Zollsenkungen gemäss Ziffer 31 dieses Antrages nach den neuen Basiszöllen festzusetzen.

Die vorgesehene Aenderung per 1.7.1984 der "Verordnung vom 1.6.1980 über die Zollansätze für Waren aus Spanien" (SR 632.310.5) (Beilage 2) erfolgt in Berücksichtigung der genannten Erfordernisse.

33 Verordnung über die Präferenz-Zollansätze zugunsten der Entwicklungsländer

Die den Entwicklungsländern aufgrund des Zollpräferenzenbeschlusses (SR 632.91) autonom zugestandenen allgemeinen Zollpräferenzen bewirken, dass ein grosser Teil der Einfuhren aus diesen Ländern zollfrei in die Schweiz eingeführt werden kann. Einige landwirtschaftliche Produkte sowie Textilien, Bekleidungen, Schuhe, Schirme, Rohaluminium und Batterien unterliegen keinem vollständigen Zollabbau. Für solche Produkte wird der Präferenzzoll in Prozenten des MFN-Ansatzes berechnet. Die jeweilige Inkraftsetzung der in der Tokio-Runde zugestandenen MFN-Zollkonzessionen machen deshalb eine Anpassung der Präferenz-Zollansätze für diese Waren notwendig. Da die Zollexpertenkommission seinerzeit dem

Prinzip der Präferenzmargen zugestimmt hatte und es sich hier bloss um eine Anpassung zur Erhaltung dieser Margen handelt, braucht diese Kommission nicht mehr begrüsst zu werden.

Die vorgesehene Aenderung per 1.7.1984 der "Verordnung vom 26. Mai 1982 über die Präferenz-Zollansätze zugunsten der Entwicklungsländer" (SR 632.911) (Beilage 3) erfolgt in Berücksichtigung des genannten Erfordernisses.

4 Finanzielle Auswirkungen

Aus den in Ziffer 3 dargelegten Zollsenkungsmassnahmen resultieren für das Jahr 1984, gegenüber 1983, zusätzliche Zollausfälle. Aufgrund der Importe 1983 betragen diese voraussichtlich :

	<u>in Mio Franken</u>
- GATT-Zollsenkung	4,0
- Anpassung der Präferenz-Zollansätze für Waren aus Spanien	0,1
- Anpassung der Präferenz-Zollansätze zugunsten der Entwicklungsländer	0,2

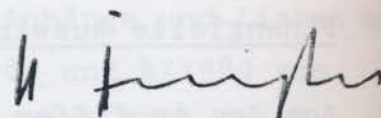
5 Ergebnis des kleinen Mitberichtsverfahrens

Die Bundeskanzlei, die Direktion für Entwicklungszusammenarbeit, das Bundesamt für Justiz, die Eidg. Finanzverwaltung und die Oberzolldirektion sind im Rahmen des kleinen Mitberichtsverfahrens begrüsst worden und haben dem vorliegenden Antrag zugestimmt.

Aufgrund der vorstehenden Erwägungen beantragen wir Ihnen dem beiliegenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

In die Amtliche Sammlung

EIDG. VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT



Beilagen

Zum Mitbericht an

- BK
- EDA (DEH)
- EJPD (BJ)
- EFD (EFV, OZD)

Protokollauszug an

- BK zur Publikation in der Amtlichen Sammlung
- EFD (EFV, OZD 5) zum Vollzug
- EVD (GS, BAWI 5, Integrationsbüro 3) zum Vollzug
- EDA (DEH) zur Kenntnis
- EJPD (BJ) zur Kenntnis

PRESSEMITTEILUNGZollabbau im Rahmen der schweizerischen Beteiligung an den vertrauensbildenden Massnahmen im Handelsbereich

Der Bundesrat hat die in der Tokio-Runde vereinbarte sechste Abbaustufe der Zölle auf den 1. Juli 1984 in Kraft gesetzt. Das im Rahmen dieser multilateralen Verhandlungen abgeschlossene Genfer Protokoll (1979) zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) sieht grundsätzlich ab 1980 eine Senkung der Zollansätze in acht gleichen jährlichen Stufen vor. Die nun um sechs Monate vorgezogene Inkraftsetzung der aufgrund des vereinbarten Abbaukalenders erst am 1.1.1985 fälligen sechsten Abbaustufe erfolgt als Beitrag der Schweiz zu den vertrauensbildenden Massnahmen der OECD-Länder im Handelsbereich. Den Grundsatzentscheid für eine Beteiligung der Schweiz an solchen Liberalisierungsschritten im Hinblick auf eine handelspolitische Tendenzwende zurück zu offenen Welthandelsbedingungen hat der Bundesrat bereits anfangs Februar getroffen.

Die EFTA-Länder hatten am 1. Juli 1980 - aufgrund ihres Abkommens mit Spanien vom 26. Juni 1979 - ihre Zölle für industrielle Einfuhren aus Spanien gesenkt. Die Inkraftsetzung der sechsten Zollabbaustufe im Rahmen des GATT macht nun eine Anpassung der betreffenden Zollansätze notwendig. Der Bundesrat hat daher die Präferenz-Zollansätze für Waren aus Spanien im Gleichschritt mit den GATT-Zollsenkungen angepasst.

Aufgrund des Zollpräferenzenbeschlusses kann ein grosser Teil der Waren aus den Entwicklungsländern zollfrei in die Schweiz eingeführt werden. Gewisse sensible Produkte unterliegen jedoch auch weiterhin der Zollpflicht. Für solche Produkte, namentlich der Bereiche Landwirtschaft, Textilien, Bekleidung und Schuhe gelten Präferenzzölle, die in Prozenten der normalen Zollansätze berechnet werden. Als Folge der GATT-Zollsenkungen hat der Bundesrat daher ebenfalls die Präferenz-Zollansätze zugunsten der Entwicklungsländer entsprechend angepasst.

Réductions tarifaires dans le cadre de la participation suisse aux mesures destinées à restaurer la confiance dans le domaine commercial

Le Conseil fédéral a mis en oeuvre pour le 1er juillet 1984 la sixième tranche de réduction tarifaire, découlant du Tokyo-Round. Le Protocole de Genève (1979) annexé à l'Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce (GATT), prévoit une réduction des taux de tarifs douaniers en principe en huit tranches annuelles égales à partir de 1980. La mise en oeuvre anticipée de six mois de la sixième tranche de réduction tarifaire, pour laquelle le calendrier de réduction ne prévoyait une entrée en vigueur que pour le 1er janvier 1985, constitue une contribution de la Suisse aux mesures des pays de l'OCDE destinées à restaurer la confiance dans le domaine commercial. Le principe d'une participation de la Suisse à de telles mesures de libéralisation en vue d'un renversement de tendance dans la politique commerciale pour revenir à un commerce mondial plus ouvert a déjà été approuvé par le Conseil fédéral au début du mois de février.

Le 1er juillet 1980, sur la base de leur Accord avec l'Espagne du 26 juin 1979, les pays de l'AELE avaient réduit leurs droits de douane sur les importations de produits industriels en provenance d'Espagne. La mise en oeuvre de la sixième tranche de réduction dans le cadre du GATT rend nécessaire une adaptation de ces droits. Le Conseil fédéral a dès lors ajusté les taux des droits préférentiels applicables aux marchandises en provenance d'Espagne.

En vertu de l'Arrêté sur les préférences tarifaires, une bonne partie des marchandises en provenance des pays en développement peut être importée en Suisse en franchise douanière. Cependant, certains produits sensibles continuent à être soumis aux droits de douane. Pour ces produits, appartenant notamment aux secteurs agricole, textile et à celui des vêtements et des chaussures, il existe des droits de douane préférentiels, qui sont calculés en pourcentage des droits de douane ordinaires. Faisant suite aux réductions dans le cadre du GATT, le Conseil fédéral a également ajusté les taux de ces droits préférentiels en faveur des pays en développement.



EIDGENÖSSISCHES FINANZDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES FINANCES
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELLE FINANZE

Bern, den 2. Mai 1984

Ausgeteilt

An den B u n d e s r a t

Vertrauensbildende Massnahmen der OECD-Länder im Handelsbereich: Sechste Abbaustufe im Rahmen der im Genfer Protokoll (1979) zum GATT vereinbarten Senkungen von Zollansätzen; Anpassungsmassnahmen im Rahmen des EFTA/Spanien-Abkommens und der Präferenz-Zollansätze zugunsten der Entwicklungsländer

M i t b e r i c h t

zum Antrag des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes vom 18. April 1984

Mit dem vorliegenden Antrag sind wir grundsätzlich einverstanden. Obwohl diese Massnahme einen Zollausfall von ca. 4,3 Millionen Franken für 1984 verursacht, schliessen wir uns dem Vorziehen der sechsten Abbaustufe der Tokio-Runde an. Wir benutzen die Gelegenheit, um jedoch frühzeitig unsere Vorbehalte gegenüber einer neuen Tarifsenkungsrunde anzumelden, wenn vorgängig keine substantiellen Fortschritte beim Abbau des Protektionismus (Rollback) erzielt worden sind.

EIDG. FINANZDEPARTEMENT

Stich
 Stich



2520.1

EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

Für die BR.-Sitzung
 vom 9. MAI 1984

Bern, den 7. Mai 1984

AusgeteiltAn den B u n d e s r a t

Vertrauensbildende Massnahmen der OECD-Länder im Handelsbereich: Sechste Abbaustufe im Rahmen der im Genfer Protokoll (1979) zum GATT vereinbarten Senkungen von Zollansätzen; Anpassungsmassnahmen im Rahmen des EFTA/Spanien-Abkommens und der Präferenz-Zollansätze zugunsten der Entwicklungsländer

S t e l l u n g n a h m e

zum Mitbericht des Eidg. Finanzdepartementes
 vom 2. Mai 1984

1. Sofern sich der Vorbehalt des EFD auf weitere vorzeitige Inkraftsetzungen von Zollabbaustufen der Tokio-Runde bezieht, verweist das EVD auf den entsprechenden Beschluss des Bundesrates vom 1.2.84, wo dem Vorziehen der Abbaustufen vom 1.1.86 und 1.1.87 unter bestimmten Voraussetzungen zugestimmt wurde.
2. Sollte indessen der Vorbehalt allgemein den Einbezug der Zölle in eine neue, vorläufig noch nicht beschlossene und nicht unmittelbar bevorstehende GATT-Verhandlungsrunde betreffen, erscheint er verfrüht. Wenn überhaupt, dürften nämlich neue Zollverhandlungen nur in einem breiteren Zusammenhang, der auch, ja sogar in erster Linie andere Handelshemmnisse erfassen müsste, in Angriff genommen werden. Zudem ist anzunehmen, dass solche Verhandlungen aufgrund einer Harmonisierungsformel, ähnlich der in der

Tokio-Runde angewandten sogenannten Schweizerformel, geführt werden. Dadurch würden niedrige Zollansätze, also der Gross-
teil derjenigen des schweizerischen Zollltarifs, weniger stark
abgebaut als hohe, was nur im Interesse der schweizerischen
Exportwirtschaft liegen könnte.

- Nomination de M. Jakob Kellenberger, 1944, de Valzenhausen/AR comme Chef du Bureau de l'intégration DFAE/DFEP et octroi du titre de Ministre

Vu la proposition du DFAE et du DFEP du 25 avril 1984
Vu les résultats de la psychanalyse

EIDGENOESSISCHES
VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

décide

1. Le Ministre Pierre-Louis Girard, 1944, de Valzenhausen/AR, est nommé Chef de la Délégation suisse près l'AELE et le GATT à Genève et Chef du Service chargé des affaires économiques (CEE/ONU, CNUCED) de la Mission permanente de la Suisse près les organisations internationales à Genève. En vertu de l'article 7 du RF 3 (3), il est autorisé à se prévaloir du titre personnel d'ambassadeur dans l'exercice de ces fonctions. Cette nomination n'implique pas de modification de son statut administratif. Son traitement annuel de base sera celui de l'échelon VII hors classe (conseiller diplomatique) et sera fixé à Fr. 102'310.--. Cette décision prendra effet lors de la prise de fonctions de M. Girard, qui est prévue pour le 1er juin 1984.

Il est pris note que le montant pris en charge par la Confédération pour l'achat de l'assurance se montera au définitif à fr. 2'775.--.

2. M. Jakob Kellenberger, 1944, de Valzenhausen/AR, est nommé chef du Bureau de l'intégration DFAE/DFEP. Etant donné le rôle de négociateur qu'il est appelé à jouer sur le plan multilatéral, il est autorisé à se prévaloir du titre personnel de ministre dans l'exercice de ces fonctions. Cette nomination n'implique pas de modification de son statut administratif. Son traitement annuel de base comme chef de section diplomatique en deuxième classe reste fixé à fr. 76'690.--. Cette décision prendra effet lors de la prise de fonctions de M. Kellenberger, qui est prévue pour le 1er août 1984.

pour retrait conforme,
le secrétaire

Protokollauszug art. 10 Abs. 1 / 2				
Nr.	J. N.	Dec.	Art.	Akten
		EDA	10	
		ED		
		EDPO		
		EDD		
		EDP	10	
		EDV	10	
		EDVD		
		ED		
		EDK	10	
		EDD		